

PLUS-Antrag zur Kostenwahrheit bei Fanmärschen wurde von fast allen Fraktionen im Gemeinderat abgelehnt: Stadtpolitik hat nicht den Mut, die heiße Kartoffel anzugreifen und protegiert und subventioniert offenbar lieber ein paar tausend Fans und deren Clubs, anstatt sich für die eigene Stadt einzusetzen.

“Alles gut!” - Gemeinderat sieht keinen Handlungsbedarf !

„Fußball darf in Linz scheinbar alles“, kann es Gemeinderätin Brita Piovesan nur schwer fassen. „Praktisch der gesamte Gemeinderat will den Status quo bei Fanmärschen erhalten und sieht trotz des Schadens keinen Handlungsbedarf. Offenbar ist eine kleine Gruppe von ein paar tausend Fußballfans wichtiger als 214.000 Linzer:innen, sprich das Allgemeinwohl.“

Kostenwahrheit statt Klientelpolitik

Während der top organisierte City Night Run (3000 Teilnehmer, 5km Laufstrecke) Rechnungen für die Reinigung in der Höhe von € 7000.- und Polizeikosten von € 1500.- bekommt, sind Fußball-Fanmärsche ‘gratis’. Für die Fans und Clubs. Denn zahlen tut das die Stadt und somit alle Linzer:innen.

Laut gestriger Auskunft des Bürgermeisters sind die Kosten für die Reinigung nach Fanmärschen bis jetzt sogar unbekannt, wurden also ignoriert. Nur der letzte wurde offiziell mit nur € 2.500.- beziffert. Zu den Polizeikosten, zum Vergleich: der Linzer Marathon zahlt für den Einsatz von 200 Polizist:innen rund € 50.000.-.

Der Wurm sitzt richtig tief

Anrainer am Froschberg berichten: “An Spieltagen ist mittlerweile ein Polizeiaufgebot, wie nach einem Terroranschlag.” Und wieder zahlt die Allgemeinheit. Auch daran will der Gemeinderat offenbar nichts ändern. Piovesan: “Ich kann mir das nur so erklären, dass sich die Stadtpolitik die Diskussion mit den lauten Fans und Clubs einfach nicht antun will. Der Wurm sitzt richtig tief. Um das zu ändern, brauchen wir eine grundlegende Debatte über das öffentliche Interesse in dieser Stadt.”

“Ich will die Fanmärsche nicht abschaffen.” so Piovesan, “Ich will die Debatte und ich will der öffentlichen Hand ein rechtliches Instrument in die Hand geben, um in Zukunft als Stadt agieren zu können. Vorbild dafür ist das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 14. Januar 2025.

Mehr zum Antrag: <https://www.linzplus.at/post/fanmaersche>

Link zur Aufzeichnung der Sitzung, ab 18:09 Uhr:

<https://archiv.yourvideo.tv/watch/?v=ck-72cfbecc7e51fc4acfe884e43>